

BRASILIENS BOOM

Dr. Wilhelm Hofmeister ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Brasilien

Wilhelm Hofmeister

Brasilien Entwicklung der letzten Jahre kann sich sehen lassen: Eine boomende Wirtschaft und ein sich erneuernder Industriesektor, sinkende Auslandsverschuldung und abnehmende Arbeitslosigkeit haben das Land euphorisiert, zumal auch viele Arme profitieren. Entsprechend beliebt ist Präsident Lula da Silva, dessen alte und neue Sozialprogramme zu greifen scheinen und dessen Bemühen um Verteilung durchaus Erfolg hat. Sicher steht die Politik noch vor offenen Fragen, etwa der langfristigen Lösung des Energieproblems. Doch die Stimmung im Land ist optimistisch: „É a vez do Brasil“ – Jetzt ist Brasilien an der Reihe.

Brasilien prosperiert. Die Wirtschaft wächst. Die Menschen konsumieren. Der Staat kassiert und verteilt. Der Präsident ist beliebt. *Deus é Brasileiro* – Gott ist Brazilianer. Selten mag diese selbstgewisse Behauptung soviel Wahrheit besessen haben wie heute. Gesegnet mit natürlichen Rohstoffen, riesigen landwirtschaftlichen Anbauflächen und einem Klima, das mehrere Ernten im Jahr erlaubt, dazu ein industrieller Sektor, der sich langsam aber stetig erneuert, hat Brasilien heute ein Warenangebot, das auf dem Weltmarkt nachgefragt und gut bezahlt wird. Die Exportwirtschaft boomt – trotz der Verteuerung brasilianischer Waren wegen der kontinuierlichen Aufwertung der Landeswährung Real – und die Deviseneinnahmen sprudeln. Stolz hat Präsident Lula im Februar verkündet, das Thema Auslandsschulden könne man nun auch ad acta legen, denn die Devisenreserven sind erstmals in der Geschichte des Landes höher als die Schulden. Auch die aktuelle Krise auf den Finanzmärkten erschüttert das Land nicht.

„Nie zuvor in der Geschichte dieses Landes ...“ Gerne leitet der Präsident seine Reden mit diesem Satz ein, wenn er die Leistungen seiner Regierung vorstellt. Und in der Tat kommt man nicht umhin, „Fortschritt“ festzustellen, wenn damit die Verbesserung und Konsolidierung von Entwicklungen in verschiedenen Bereichen gemeint sind, die die Lebensumstände der Menschen betreffen. Einige dieser Entwicklungen werden im Folgenden aufgezeigt. Dabei ergeht es dem Beobachter allerdings wie dem Besucher des Corcovado in Rio de Janeiro: vom Fuß der Christus-Statue hoch oben über der Stadt erscheint alles wunderbar – *cidade maravilhosa*. Doch beim Herabsteigen und Eintauchen in die Wirklichkeit lässt sich so

manches Detail wahrnehmen, das den Blick über das Ganze etwas trübt. Dennoch: „a pesar de todo fica bonita – „trotz allem ist sie schön“, die Stadt, besagt die Redewendung. Trotz allem ist Brasilien auf dem Weg. Das Land prosperiert.

ES IST DIE WIRTSCHAFT

Man muss nicht Bill Clinton sein, um zu wissen, dass die Wirtschaftslage einen entscheidenden Einfluss auf die Befindlichkeit eines Landes und seiner Menschen ausübt. Das gilt umso mehr für Länder wie Brasilien, in denen die Mehrheit der Menschen noch nichts vom Postmaterialismus gehört hat, sondern noch immer auf das Eintreten des Materialismus warten. Der scheint für mehr Brasilianer nun erreichbar. Denn im Hinblick auf die Wirtschaftslage kann es nicht nur um günstige makroökonomische Daten gehen. Die Menschen erwarten, dass sich auch ihre eigene persönliche Lebenssituation verbessert. Genau dies war ja das Dilemma einiger lateinamerikanischer Länder während des vergangenen Jahrzehnts der liberalen Reformen: Die makroökonomischen Daten hatten sich stabilisiert, doch der Fortschritt ist bei den Menschen nicht angekommen, die deshalb dem liberalen Modell die Akzeptanz verweigerten und den Heilsversprechen neuer Populisten glauben.

In Brasilien ist heute das Bemühen zu beobachten, makroökonomische Stabilität mit konkreten Fortschritten für die Menschen, nicht zuletzt die niedrigeren Einkommensschichten, zu verbinden. Das ist keine geringe Leistung und begründet letztlich auch die anhaltend hohe Popularität des Präsidenten – trotz der Einschränkungen beim Fortschritt notwendiger Reformen und trotz der Skandale, die den politischen Prozess begleiten.

BRASILIEN WÄCHST

Brasilien erlebte 2007 eine ausgesprochen positive Wirtschaftsentwicklung, wie anhand der nachstehenden Tabelle deutlich wird, die kaum einer zusätzlichen Erläuterung bedarf.

Das Sozialprodukt (BIP) wuchs 2007 um 5,4 Prozent und hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Pro Kopf betrug der Zuwachs vier Prozent. Die Landwirtschaft legte um 5,3 Prozent zu, die Industrie um 4,9 Prozent. Der Wert der

Brasilien: ausgewählte Wirtschaftsdaten

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Sozialprodukt BIP in Mrd. US-Dollar	459,4	506,8	603,9	796,3	1067	1240
BIP in Prozent	2,66	1,15	5,71	2,94	3,70	5,4
Inflation in Prozent	8,31	14,31	6,12	5,72	2,05	4,6
Exporte in Mrd. US-Dollar	60,36	73,08	96,47	118,3	137,5	160,6
Importe in Mrd. US-Dollar	47,24	48,26	62,83	73,55	91,38	120,61
Handelsbilanz in Mrd. US-Dollar	13,12	23,82	33,64	44,76	46,08	40,04
Direkte Auslandsinvestitionen in Mrd. US-Dollar	16,59	10,14	18,17	15,07	18,78	34,62
Industrieproduktion in Prozent	2,73	0,05	8,3	3,09	2,82	6,0
Beschäftigung	- 3,34	- 2,02	6,69	3,83	8,14	5,56
Löhne nominal in R-Dollar	843,52	861,95	901,91	970,74	1087,90	1164
Arbeitslosigkeit	11,68	12,32	11,48	9,83	9,98	7,4
Steuereinnahmen Bund in Mrd. R-Dollar	330,8	372,7	441,4	496,6	555,5	645,7
Wechselkurs 1 US\$ = 1 R-Dollar	2,92	3,07	3,07	2,70	2,14	1,78

Exporte hat sich fast verdreifacht. Der Konsum der Familien stieg um 6,5 Prozent, der höchste Zuwachs seit 1996. Die Investitionen stiegen um 13,4 Prozent, ebenfalls der höchste Zuwachs seit 1996. Die Auslandsschulden wurden reduziert. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen und neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. In der Stadt Salvador herrscht die höchste Arbeitslosigkeit (11,8 Prozent), am niedrigsten ist sie in Rio de Janeiro (6,4 Prozent).

Die Reserven Brasiliens in ausländischer Währung waren im Februar 2008 um sechs Milliarden US-Dollar höher als die Auslandsschulden.

Die Reserven Brasiliens in ausländischer Währung waren im Februar 2008 um sechs Milliarden US-Dollar höher als die Auslandsschulden. Präsident Lula hat deshalb während einer Rede in Buenos Aires angekündigt: „Bald wird Brasilien zum Status einer Kreditgeber-Nation zurückkehren“. Angesichts dieser positiven Entwicklung hat die Interamerikanische Entwicklungsbank mit Brasilien einen Kredit in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar für Infrastruktur- und Energiegewinnungsmaßnahmen vereinbart. Das ist der höchste Kredit, den die Bank jemals an ein einzelnes Land vergab.

Im Januar 2008 betrug der Primärüberschuss der öffentlichen Hand vor Schuldendienst 18,662 Milliarden Reais (*gegenüber* 13,457 Milliarden Reais im Januar 2007). Das ist das beste Ergebnis seit 1991. Im Jahresschnitt liegt der Überschuss bei

4,15 Prozent des BIP. 2007 hat Brasilien 159,5 Milliarden Reais für den Schuldendienst aufgebracht (6,25 Prozent des BIP).

Die Stärke der einheimischen Wirtschaft zeigt sich nicht zuletzt am Wechselkurs. In den vergangenen Jahren hat der Real gegenüber dem US-Dollar kontinuierlich an Wert gewonnen und erreichte Anfang März 2008 seinen tiefsten Wert seit Jahren: 1 US\$ = 1,63 Real. Für die brasilianischen Exporteure ist die Verteuerung der Währung eine Belastung und so ist für 2008 mit einem niedrigeren Handelsüberschuss zu rechnen. Importeure und Verbraucher dagegen profitieren von der Wechselkursentwicklung, so dass manche importierten Konsumgüter heute für einen größeren Kreis von Konsumenten erschwinglich sind. Laut Angaben des nationalen Statistikamtes verzeichnete der Einzelhandel ein Wachstum von 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ein imposantes Beispiel für die Wirtschaftslage: im Februar 2008 wurden fast 40 Prozent mehr Neuwagen verkauft als im gleichen Monat des Vorjahres. Die wichtigsten Gründe für den Anstieg des Konsums sind der leichtere Zugang zu Krediten, geringere Arbeitslosigkeit und höhere Löhne.

Die wichtigsten Gründe für den Anstieg des Konsums sind der leichtere Zugang zu Krediten, geringere Arbeitslosigkeit und höhere Löhne.

Zu den positiven Ergebnissen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehört auch, dass die Steuereinnahmen kräftig sprudeln. Im Januar erzielte die Steuerbehörde des Bundes eine Rekordeinnahme in Höhe von 62,596 Milliarden Reais – das sind 20,2 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres! Die Ausfälle durch die Abschaffung der Schecksteuer sind damit keineswegs so dramatisch wie zunächst befürchtet. Die Regierung hat angesichts dieser Entwicklung bei den Steuereinnahmen zusätzliche Verteilungsspielräume.

DAS PROGRAMM ZUR BESCHLEUNIGUNG DES WACHSTUMS UND DIE ROLLE VON MINISTERIN DILMA ROUSEFF

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, im Januar 2007, hatte Präsident Lula ein „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (Programa de Aceleração do Crescimento – PAC) angekündigt, das durch Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Energiegewinnung, der Stadtsanierung, Wasser- und Abwasserversorgung Brasilien in eine große Baustelle verwandeln, zusätzliche Wachstumsimpulse

geben und die Lebensbedingungen vieler Menschen, nicht zuletzt der Bewohner ärmlicher Stadtrandsiedlungen und armer ländlicher Regionen, verbessern soll. Während der vier Jahre seiner zweiten Amtszeit sollten 503,9 Milliarden Reais (ca. 200 Milliarden Euro) in Maßnahmen des PAC investiert werden, davon ein erheblicher Teil in Form von Steueranreizen für private Investitionen. Insgesamt umfasst das PAC eine für Brasilien gewaltige Investitionssumme.

Nach seiner euphorischen Ankündigung wurde es zunächst etwas stiller um das Programm. Einerseits erwies es sich als schwierig, sehr schnell eine Vielzahl von Projekten zu entwerfen und umzusetzen – nicht zuletzt fehlt es an Ingenieuren und Facharbeitern. Andererseits bedürfen viele Maßnahmen, vor allem die vorgesehenen Steueranreize, einer Zustimmung des Kongresses, der zu einer raschen Bearbeitung der Vorlagen nicht in der Lage oder auch nicht gewillt ist. Allerdings nutzte die Regierung den Titel „PAC“ unterdessen als Marketingparole bei der Ankündigung einer ganzen Reihe anderer Programme: „PAC der Erziehung“ für Maßnahmen zur Verbesserungen im Schulbereich, „PAC der Gesundheit“, „PAC der inneren Sicherheit“ etc.

Seit dem letzten Quartal 2007 zeichnet sich ab, dass das PAC mehr ist als eine vollmundige Ankündigung vieler Projekte, die in der Planungsphase hängen bleiben. Landauf, landab werden mittlerweile zahlreiche konkrete Vorhaben in Angriff genommen und Präsident Lula lässt es sich nicht nehmen, viele davon persönlich einzuweihen – angesichts der Kommunalwahlen im Oktober eine hervorragende Gelegenheit, für die Leistung seiner Regierung (und die Kandidaten der Regierungsparteien) zu werben. Beispielsweise hat der Präsident am 7. März 2008, dem 200. Jahrestag der Ankunft der portugiesischen Könige in Rio de Janeiro, in drei der größten Favelas der Stadt eine Reihe von Projekten mit einer Gesamtinvestitionssumme von Reais 1,14 Milliarden (ca. 450 Millionen Euro) eingeweiht, die insgesamt 260 000 Menschen zugute kommen sollen. Zu den Maßnahmen gehören Straßenbau, Wasser- und Abwasserversorgung, Schulen, Gesundheitsposten, Polizeistationen, Bibliotheken, Müllversorgung etc.

Das PAC besitzt für die Bundesregierung eine zentrale politische Bedeutung – und möglicherweise entscheidet der Fortschritt und Erfolg des PAC auch über die Präsidentschafts-

kandidatur der Arbeiterpartei (PT). Denn mit der Koordination des PAC ist Präsidentschaftsministerin Dilma Rousseff beauftragt, die von etlichen Beobachtern als eine mögliche Wunschkandidatin von Präsident Lula für seine Nachfolge angesehen wird. Anlässlich der Einweihungen der Maßnahmen in Rio de Janeiro hat der Präsident seine Ministerin als „Mutter des PAC“ bezeichnet und ihren Einsatz für den Fortschritt des Programms in höchsten Tönen gelobt. Der PT verfügt über keinen Politiker, der auch nur annähernd an die Popularität von Präsident Lula heranreicht. Ministerin Dilma Rousseff ist eine geschickte und durchsetzungsfähige Politikerin. Ein Erfolg des PAC würde ihre Position innerhalb der Regierung und des PT zweifellos weiter stärken.

BRASILIEN VERTEILT

In Brasilien gibt es erkennbare Verteilungsanstrengungen. Seit 2003 hat die Regierung Lula eine Reihe von Programmen initiiert, die auf eine Verbesserung der Lebenssituation der Armen ausgerichtet sind. Über die so genannten Transferprogramme wie *bolsa familia* (Familienstipendium) ist schon wiederholt, auch im Hinblick auf ihre kritischen Aspekte, berichtet worden. Denn die strukturellen Ursachen der Ungleichheit im Land werden dadurch nicht wirklich angegangen. Gleichwohl muss man konstatieren, dass die Sozialhilfezahlungen die Lebensumstände für die 11,5 Millionen Empfänger-Familien verbessern. Damit überwinden viele Familien die so genannte Armutsgrenze – doch das ist eher ein statistischer Wert, der wenig Aussagefähigkeit über die Wirklichkeit der Lebenssituation besitzt.

Neben den unmittelbaren Transferleistungen tragen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation bei, beispielsweise die kontinuierliche Anhebung des Mindestlohnes, der in Brasilien ein wichtiger Indexwert nicht nur für die Lohnfestsetzung, sondern auch für Renten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ist. Ab 1. März wurde der Mindestlohn von Reais 380,00 auf Reais 412,40 (ca. 160,- Euro) angehoben; der Zuwachs ist höher als die Inflationsrate. Reais 412,40 entsprechen 240 US-Dollar, und dieser Vergleichswert verdeutlicht sehr gut die Veränderungen der letzten Jahre. Denn noch im Jahr 2002 war heftig darüber gestritten worden, ob ein Mindestlohn von umgerechnet 100 US-Dollar angemessen und wirtschafts- und haushaltspolitisch vertretbar wäre. Als Präsidentschaftskandidat hatte Lula damals diesen

Wert verteidigt. Heute erscheint dies als Debatte einer weit entfernten Zeit.

Gewiss lassen sich gegen die starke Anhebung des Mindestlohnes einige „ordnungspolitische“ Einwände erheben. Beispielsweise wird sich wegen der daran gekoppelten Erhöhung der Renten auch das Defizit der Sozialversicherung erhöhen. In den ärmeren Regionen des Landes wird der Mindestlohn sicherlich auch weiterhin unterschritten. Dennoch ist der Mindestlohn ein wichtiges lohn- und verteilungspolitisches Instrument.

VOR DEN KOMMUNALWAHLEN – EIN NEUES SOZIALPROGRAMM

Ende Februar, sieben Monate vor den Kommunalwahlen, hat Präsident Lula ein neues Sozialprogramm in Kraft gesetzt: „Territórios de Cidadania“ – „Gebiete der Bürgerschaft“. Das Programm richtet sich an die etwa 1000 Gemeinden mit dem niedrigsten Index menschlicher Entwicklung und soll insbesondere ländliche Armut und soziale Unterentwicklung überwinden helfen. Das neue Programm ergänzt den bereits bestehenden Sozialhilfefond *bolsa familia*, durch den der niedrige Index menschlicher Entwicklung in den Armutsregionen bisher nicht nennenswert angehoben werden konnte. Nun sollen über das neue Programm die Lebensbedingungen in Gemeinden mit bis zu 50 000 Einwohnern verbessert werden. Besonders berücksichtigt werden Gebiete mit vielen Kleinbauern und Agrarreformprojekten, *quilombolas* (Siedlungen ehemals geflohener Sklaven), Indianergemeinden und Gemein-

Ausgestattet mit einem Budget von Reais zwölf Milliarden (ca. 4,8 Milliarden Euro) sollen Schulen, Gesundheitsposten, Krankenhäuser, ländliche Ausbildungsmaßnahmen, Geburtenvorsorge, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Apotheken, etc. gefördert werden.

meinden mit hoher Konzentration von Empfängern der *bolsa familia*. Ausgestattet mit einem Budget von Reais zwölf Milliarden (ca. 4,8 Milliarden Euro) sollen Schulen, Gesundheitsposten, Krankenhäuser, ländliche Ausbildungsmaßnahmen, Geburtenvorsorge, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Apotheken, etc. gefördert werden. Der Präsident selbst hat sich vorgenommen, das neue Projekt in den

nächsten Monaten im Rahmen verschiedener Besuche vor Ort zu lancieren. Den größten Anteil an dem Programm sollen die beiden Bundesstaaten Pará und Bahía erhalten, die beide von PT-Gouverneuren regiert werden. Die Oppositionsparteien haben der Regierung natürlich sofort vorgeworfen, diese neue Aktion verfolge vor allem wahlpolitische Zwecke, und

deshalb beim Obersten Gericht ihre Aussetzung beantragt. Der Präsident des Obersten Wahlgerichts hat das Programm kritisiert, wurde von Präsident Lula allerdings in ungewöhnlich schroffem Ton zum Schweigen aufgefordert.

UNGEBROCHENE POPULARITÄT DES PRÄSIDENTEN

Angesichts der insgesamt günstigen wirtschafts- und verteilungspolitischen Faktoren kann es nicht verwundern, dass Präsident Lula weiterhin große Popularität genießt. In einer am 18. Februar von CNI/Sensus durchgeführten Umfrage erhielt er 66,8 Prozent Zustimmung.

Bewertung von Präsident Lula (in Prozent der Bevölkerung)

	2005		2006		2007		2008
	Juli	Nov.	Febr.	August	April	Okt.	Febr.
Zustimmung	59,9	46,7	53,3	59,3	63,7	61,2	66,8
Ablehnung	30,2	44,2	38,0	32,5	28,2	32,5	28,6

Auch die Bewertung der Regierungsarbeit ist deutlich positiv. 52,7 Prozent der Brasilianer bescheinigen der Regierung in dieser Umfrage eine positive Leistung. Dabei ist bemerkenswert, dass sich die Einschätzung in den letzten Jahren kontinuierlich verbesserte. Der Stimmungseinbruch gegenüber Präsident und Regierung während der Krise des *mensalão* ist damit endgültig überwunden. Die positiven Bewertungen überwiegen eindeutig.

Bewertung der Regierungsarbeit (in Prozent der Bevölkerung)

	2005		2006		2007		2008
	Juli	Nov.	Febr.	August	April	Okt.	Febr.
Zustimmung	40,3	31,1	37,5	43,6	49,5	46,5	52,7
Ablehnung	20,0	29,0	21,4	15,6	14,6	16,5	13,7

Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze, geringe Inflation, erleichterter Zugang zu Krediten, Erweiterung des privaten Konsums, Verteilungsprogramme – das begründet die positiven Umfrageergebnisse.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE PRÄSIDENTSCHAFTS- WAHLEN 2010

Mit diesen Ergebnissen könnten die Regierung und die Arbeiterpartei den kommenden Wahlen eigentlich recht gelassen entgegen sehen. Das Problem ist aber, dass sich noch keine sehr starken Kandidaten innerhalb des Regierungslagers abzeichnen. Vorübergehend wurde deshalb während des vergangenen Jahres spekuliert, Präsident Lula könnte an einer dritten Amtszeit Gefallen finden und eine entsprechende Verfassungsänderung initiieren. Der Präsident hat diese Absicht stets bestritten und nach der Niederlage der Regierung im Senat bei der Abstimmung über die Verlängerung der Schecksteuer war klar, dass eine Mehrheit für eine Verfassungsänderung zugunsten einer dritten Amtszeit nicht zustande kommen würde.

Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen haben aus dem Regierungslager Anfang 2008 der Abgeordnete *Ciro Gomez (PSB)* und Ministerin *Dilma Rousseff (PT)* die besten Umfragewerte.

Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen haben aus dem Regierungslager Anfang 2008 der Abgeordnete *Ciro Gomez (PSB)* und Ministerin *Dilma Rousseff (PT)* die besten Umfragewerte, wobei es eher unwahrscheinlich ist, dass der PT auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten

verzichtet. Innerhalb des PSDB stehen die Gouverneure von São Paulo, José Serra, und Minas Gerais, Aécio Neves, im Wettbewerb, wobei Serra wohl unter allen Umständen seine Kandidatur durchzusetzen versuchen wird. Aécio Neves hat jüngst angedeutet, dass er gegebenenfalls zum PMDB wechseln könnte, um als Kandidat dieser Partei anzutreten. Der PMDB, der hinsichtlich der Zahl der Abgeordneten und Senatoren die stärkste Partei im Parlament ist und bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen ohne eigenen Kandidaten antrat, wird 2010 sicherlich einen eigenen Kandidaten benennen. Verteidigungsminister Jobim, der bereits verschiedene hohe Staatsämter bekleidete und bis 2006 einige Jahre Präsident des Obersten Gerichts war, muss sicherlich auch als eventueller Kandidat des PMDB gesehen werden.

KOMMUNALWAHLEN 2008

Zunächst konzentriert sich die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit allerdings auf die Kommunalwahlen, die im Oktober 2008 stattfinden. Überall wird innerhalb der Parteien bereits um die Kandidatenposten gerungen, es werden Allianzen geschmiedet und zum Teil wieder verworfen. Bis

Juni haben die Parteien Zeit, ihre Kandidaten registrieren zu lassen.

Von besonderem Gewicht ist die Bürgermeisterwahl in der Stadt São Paulo, der größten Metropole des Landes. Dort hatte der PSDB mit José Serra vor vier Jahren gegen die PT-Bürgermeisterin Marta Suplicy gewonnen, die wohl in diesem Jahr erneut für den PT als Kandidatin antreten wird.

Von besonderem Gewicht ist die Bürgermeisterwahl in der Stadt São Paulo, der größten Metropole des Landes.

Die Wahl in São Paulo hat für die interne Befindlichkeit des PSDB und die Koalition zwischen den Oppositionsparteien PSDB und Democratas (ehemals PFL) eine besondere Bedeutung, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Kommunalwahlen, sondern auch die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010. José Serra will als Präsidentschaftskandidat des PSDB die Koalition mit den Democratas fortsetzen. Dafür ist er bereit, dass der PSDB auf einen eigenen Kandidaten bei den Kommunalwahlen in São Paulo zugunsten der Wiederwahl von Bürgermeister Kassab von den Democratas verzichtet. Als Serra 2004 zum Bürgermeister von São Paulo gewählt wurde, war Kassab sein Stellvertreter, und, nachdem Serra 2006 dieses Amt aufgab, um als Gouverneurskandidat anzutreten, rückte ihm Kassab als Bürgermeister nach. Kassab will jetzt wiedergewählt werden, ist aber nicht sehr populär. Ein Problem aber besteht darin, dass der ehemalige Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alckmin, seit seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2006 kein Amt inne hat und die Umfragen in São Paulo mit großem relativem Vorsprung vor seinen Mitbewerbern anführt. Eine Kandidatur Alckmins würde dem PSDB möglicherweise wieder das Bürgermeisteramt in São Paulo bescheren. Innerhalb des PSDB von São Paulo gibt es nun zwei Positionen. Die Anhänger Serras meinen, die Partei solle zugunsten künftiger Unterstützung durch die Democratas auf einen eigenen Kandidaten verzichten. Die Anhänger Alckmins dagegen fürchten, dass Kassab die Wahlen gegen die PT-Kandidatin Marta Suplicy verlieren würde und PSDB und Democratas dann mit leeren Händen dastünden. Die Democratas, die ohnehin kein gutes Kommunalwahlergebnis im Land erwarten und wahlpolitisch weiter an Bedeutung zu verlieren drohen, wollen auf keinen Fall auf eine Kandidatur Kassabs verzichten. Dieser hat zuletzt vernehmen lassen, er werde – sollte Alckmin antreten und gegen Suplicy in die Stichwahl kommen – dann in einem zweiten Wahlgang die PT-Kandidatin unterstützen. Bis Juni

wird sich das Kandidatenkarussell in São Paulo noch heftig drehen.

In Rio de Janeiro zeichnet sich ein Bruch der bisherigen Allianz zwischen PSDB und Democratas ab. Hier regieren die Democratas mit dem früher relativ populären Bürgermeister César Maia, der nicht mehr antreten kann. Gouverneur Cabral (PMDB) hat Maia viel Popularität genommen und fördert einen eigenen Bürgermeisterkandidaten. Der PSDB ist wohl zugunsten eines Kandidaten der Grünen Partei, des populären Abgeordneten Fernando Gabeira, zum Verzicht auf einen eigenen Bewerber bereit. So erscheint es unwahrscheinlich, dass die Democratas weiterhin an der Spitze der Stadt stehen werden.

In Belo Horizonte verhandelt Gouverneur Aécio Neves (PSDB) mit dem PT über die Unterstützung eines gemeinsamen Kandidaten. Sofern dieses Bündnis zustande kommt, hätte es auch bundespolitisch große Bedeutung, weil damit erstmals in einer großen Metropole PT und PSDB gemeinsam anträten und dies als Test für eine künftige Koalition der beiden Parteien auf Bundesebene gälte. Auf jeden Fall zeigt sich, dass Aécio Neves gegenüber neuen Koalitionen sehr offen ist. Zudem hat der Gouverneur bislang ein recht herzliches Verhältnis zu Präsident Lula gepflegt und sich nicht an den gelegentlichen Attacken seiner Partei gegen den Präsidenten beteiligt.

Die Koalitionsfähigkeit von PT und PSDB zeigt sich übrigens auch daran, dass verschiedene Personen, die in der Zeit von Präsident Cardoso Minister oder parlamentarische Führer waren, heute in Zusammenarbeit mit dem PT-Präsidenten Lula ähnliche Funktionen wahrnehmen. Das gilt beispielsweise für Verteidigungsminister Jobim (unter Cardoso Justizminister), Landwirtschaftsminister Stephanes (unter Cardoso Sozialminister), Romero Jucá, Mehrheitsführer der Regierung im Senat (früher als PSDB-, heute als PMDB-Mitglied), etc.

DIE ÜBLICHEN ZUTATEN DES POLITISCHEN PROZESSES: EINIGE SKANDALE UND EINE PARLAMENTARISCHE UNTERSUCHUNGSKOMMISSION

Skandale um die Veruntreuung öffentlicher Mittel und Korruption sind ein fester Bestandteil des politischen Prozesses in Brasilien. Die Medien werden zwar nicht müde, solche Vergehen aufzudecken. Doch die Bürger scheinen diesen Vor-

gängen, wenn sie nicht besonders spektakulär sind, schon gar keine Aufmerksamkeit mehr zu widmen. Dass Politiker korrupt sind und stehlen, gilt in Brasilien ohnehin als Binsenweisheit, und dass auch die Regierung Lula und die Arbeiterpartei, die früher einmal besonders hohe moralische Ansprüche vertreten haben, nicht besser sind als die anderen, hat man mittlerweile auch akzeptiert. Das Ansehen des Präsidenten hat bisher trotz aller Vorwürfe und Vorkommnisse auch in seiner engsten Umgebung nicht durch die wiederholten Skandale gelitten.

Zwei solcher Skandale haben zu Beginn des Jahres 2008 eine gewisse Aufmerksamkeit erreicht: zum einen der Missbrauch von Kreditkarten durch Regierungsmitglieder und ihre Mitarbeiter, zum anderen zweifelhafte Zuwendungen des Arbeitsministers an Organisationen im Umfeld seiner Partei PDT.

Minister Carlos Lupi, der zugleich Vorsitzender der ehemaligen Brizola-Partei PDT war und im letzten Jahr seinen Kabinettsposten erhielt, nachdem die PDT ihre langjährige Oppositionshaltung zur Lula-Regierung aufgegeben hatte, stand seit seinem Amtsantritt in der Kritik, weil er sein Parteiamt nicht aufgab. Der Ethikrat des Bundes hat zwar die Ausübung beider Ämter als unvereinbar bezeichnet, doch selbst aus den Reihen der Oppositionsparteien wird die gleichzeitige Wahrnehmung von Partei- und Ministeramt nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Kritik an Lupi begründet sich aber vor allem damit, dass er und der PDT dem Gewerkschaftsdachverband Força Sindical nahestehen und die Arbeiterpartei sowie die CUT-Gewerkschaften eine Abkoppelung von den Pfründen des Arbeitsministeriums fürchten. Im Februar wurde Lupi beschuldigt, Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus dem Umfeld des PDT größere Zuwendungen für die Durchführung von Berufsausbildungskursen gegeben zu haben. Die sehr kritischen Presseberichte, die bereits seine Demission verlangten, konterte Lupi mittlerweile mit der Information, dass er Reais 102 Millionen Reais an NROs aus dem Umfeld des PSDB, Reais 92 Millionen an NROs aus dem Umfeld des PT und Reais 82 Millionen an NROs aus dem Umfeld anderer Parteien, darunter seines PDT, gegeben habe. Präsident Lula lobte darüber die „republikanische Transparenz“ seines Ministers. Anfang März hat sich Lupi vom Parteivorsitz beurlauben lassen.

Der Missbrauch von Kreditkarten war zu Jahresbeginn durch die Medien bekannt geworden. Seit einigen Jahren nutzen Mi-

nisterien und andere Einrichtungen so genannte korporative Kreditkarten, um laufende Ausgaben zu bezahlen. Nun stellte sich heraus, dass die Kreditkarten recht großzügig eingesetzt wurden und die Kontrolle der Zahlungen recht lasch war. Offensichtlich haben zumindest Mitarbeiter einiger Minister die Kreditkarten auch für die Begleichung privater Rechnungen eingesetzt, bis hin zur Bezahlung von Rechnungen in Billardsalons. Besonders pikant war, dass mit den Kreditkarten des Präsidentialamtes im größeren Rahmen Einkäufe in Supermärkten und sonstige eher privat erscheinende Rechnungen bezahlt wurden. Die Ministerin für Rassengleichstellung, Matilde Ribeiro, musste nach den ersten Veröffentlichungen zurücktreten, weil sie selbst ihre Ministeriums-Kreditkarte für private Zwecke genutzt hatte.

Die Opposition versuchte wieder einmal, den Präsidenten unmittelbar für den Kreditkartenmissbrauch haftbar zu machen. Doch das Präsidentialamt verweigerte jede weitere Aufklärung über Supermarkteinkäufe aus Gründen nationaler Sicherheit und streute den Verdacht, auch unter Lulas Vorgänger Cardoso habe es bereits Unregelmäßigkeiten gegeben, was dieser vehement bestritt und zur Offenlegung aller früheren Rechnungen aufforderte. Wie stets in solchen Fällen forderte die Opposition die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, was die Regierung wie stets in solchen Fällen zu verhindern suchte – wie immer vergeblich. Wie stets, entbrannte ein Streit um den Vorsitz dieser Kommission (CPI), der schließlich damit endete, dass die Koalitionsparteien dem PSDB den Vorsitz einräumten. Die CPI hat nun ihre Arbeit aufgenommen. Man muss aber kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass es langwierige Anhörungen geben wird, die vielleicht einige Unregelmäßigkeiten oder pikante Details zutage fördern, letztlich aber ohne Verurteilungen enden werden.

STEUERREFORM

Präsident Lula hat die Steuerreform zum wichtigsten politischen Projekt des laufenden Jahres erklärt. Nach Abstimmung mit wichtigen Industrieverbänden hat die Regierung Ende Februar ein Reformgesetz im Kongress eingebracht, das in einer ersten Stufe Steuererleichterungen für Firmen und private Unternehmen vorsieht, ohne jedoch die Unternehmen nachhaltig zu entlasten. Weitere Reformen sind nach der Verabschiedung der ersten Stufe vorgesehen.

Die wichtigsten Bestandteile der Reform sind:

- Einführung einer Art Mehrwertsteuer des Bundes, die einige bisherige Steuern zusammenfasst. Allerdings werden wohl die Bundesländer ihre eigene Mehrwertsteuer haben.
- Einführung einer neuen Verkaufssteuer (ICMS), die nun größtenteils beim Verbraucher erhoben wird; zwei Prozent werden beim Produzenten erhoben, um Steuerschwindel zu vermeiden.
- Steuerbefreiung des „Grundwarenkorb“ (*cesta básica*) für Nahrungsmittel.
- Die Beiträge der Unternehmen zur Sozialversicherung sollen schrittweise von 2010 bis 2015 von 20 Prozent auf 14 Prozent reduziert werden. Das soll in einer eigenen Gesetzesvorlage verabschiedet werden, die allerdings erst noch im Kongress einzubringen ist.

Später sollen zudem vor allem die Mittelschichten durch einen niedrigeren progressiven Steuersatz in Form der Einführung einer weiteren Stufe (zwischen 27,5 Prozent und 15 Prozent) entlastet werden.

So notwendig nach Meinung vieler Unternehmer, Politiker und Beobachter eine Steuerreform wäre und so sehr sich die Regierung nun um ein gangbares Konzept bemüht, steht zu befürchten, dass der Reformversuch des Jahres 2008 das gleiche Schicksal wie das erste Steuerreformprojekt der Regierung Lula 2003 erleiden wird, das letztlich im Sande verlief.

OBERSTES GERICHT FÜR STRAFLOSIGKEIT BEI WAHLBETRUG

Auch wenn in Brasilien das elektronische Wahlsystem sehr gut funktioniert und die Stimmenauszählung an den Wahlabenden der vergangenen Jahre reibungslos verlief, wird Wahlbetrug immer noch in unterschiedlichen Formen praktiziert. Häufige Methoden sind u.a. der Stimmenkauf durch direkte oder indirekte Verfahren sowie der Missbrauch öffentlicher Ämter zur Beeinflussung der Wähler und der Medien. Die Wahlgerichte, die auf nationaler, Landes- oder kommunaler Ebene die Wahlen organisieren und überwachen, strengen häufig Verfahren gegen Politiker und Kandidaten an, die gelegentlich auch zu Verurteilungen und Mandatsverlusten führen.

Seit den letzten Wahlen von 2006 sind beim Obersten Wahlgericht (Tribunal Supremo Eleitoral) Verfahren gegen acht (!) Gouverneure und mehr als 1000 Bundes- und Landtagsabgeordnete anhängig.

Seit den letzten Wahlen von 2006 sind beim Obersten Wahlgericht (Tribunal Supremo Eleitoral) Verfahren gegen acht (!) Gouverneure und mehr als 1000 Bundes- und Landtagsabgeordnete anhängig. Hinzu kommen noch einmal zahlreiche Verfahren gegen Bürgermeister und Ratsmitglieder, die 2004 gewählt wurden.

Nun hat das Oberste Wahlgericht in dem Verfahren gegen den Gouverneur von Santa Catarina, der 2006 wieder gewählt wurde, entschieden, das Verfahren einzustellen, weil gegen den Vize-Gouverneur keine Anklage vorliege. Das wird von vielen Juristen und Beobachtern als Präzedenzfall für die Einstellung der übrigen Verfahren gesehen. Gegen diese Vorgehensweise protestieren verschiedene Organisationen, darunter die Nationale Bischofskonferenz (CNBB), die Bewegung gegen Wahlbetrug (MCCE) sowie die Brasilianische Vereinigung von Richtern und Staatsanwälten (ABRANPPE). Doch selbst wenn die Verfahren fortgeführt werden sollten, wird die große Mehrheit kaum bis zu den nächsten Wahlen abgeschlossen sein.

LULAS EINFLUSS AUF DIE JUSTIZ

Ungeachtet gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Justiz und Regierung wird von manchen Beobachtern eine wachsende Nähe der Justiz zur Regierung Lula fest- oder sogar unterstellt. Das ist auf das Ernennungsverfahren für die Mitglieder der obersten Gerichte zurückzuführen. Stellen an Bundesgerichten werden auf unterer Instanz über öffentliche Bewerbungsverfahren besetzt, bei denen insbesondere die Qualifikation der Bewerber zählt. Die insgesamt 86 Mitglieder der obersten Bundesgerichte aber (Supremo Tribunal Federal-STF, Supremo Tribunal de Justiça-STJ, Tribunal Supremo de Trabalho-TST und Supremo Tribunal Militar-STM) werden vom Präsidenten ernannt. Da sie mit 70 Jahren aus dem Amt scheidet, gibt es regelmäßig Neuernennungen. Präsident Lula nun hat im Laufe seiner Amtszeit bereits 41 Mitglieder der Obersten Gerichte ernannt und wird bis Ende 2008 noch weitere Richter ernennen, so dass dann die Mehrheit aller Obersten Richter von ihm ernannt sein wird, was in der bisherigen Justizgeschichte Brasiliens einmalig ist. Das bedeutet allerdings nicht unbedingt eine Gefolgschaft oder gar Unterwürfigkeit der Richter gegenüber der Regierung, wie das etwa in Argentinien schon beobachtet wurde. Dennoch fürchten Vertreter der Op-

position, dass innerhalb der Obersten Richterschaft eine größere Neigung zugunsten der Regierung eintreten könnte.

ENTSCHEIDUNG ÜBER STAMMZELLENFORSCHUNG VERTAGT

Ein Thema, bei dem sich eine höchstrichterliche Entscheidung im Sinne der Regierung anbahnt, betrifft die Stammzellenforschung. Diese ist bisher noch relativ engen Restriktionen unterworfen, doch von Seiten der Wissenschaft, Teilen der Politik und der Medien wird ein liberaleres Verfahren verlangt. Das Parlament, das in den letzten Jahren bei verschiedenen Anlässen nicht in der Lage war, schwierige Materien zu entscheiden, nimmt auch an dieser Diskussion und Entscheidung nicht teil. Das Oberste Gericht (STJ) sollte am 7. März ein Urteil sprechen, das in Form der Interpretation der Verfassung grundsätzlich zu dem Thema Stellung nehmen sollte. Das Gericht hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und in den vergangenen Monaten viel beachtete Anhörungen mit Beiträgen auf hohem ethischen und wissenschaftlichen Niveau durchgeführt. Kurz vor der Entscheidung hat ein der katholischen Kirche nahe stehendes Mitglied des STJ eine Vertagung der Entscheidung beantragt. Es wird vermutet, dass die Bischofskonferenz, die gegen eine Liberalisierung der Stammzellenforschung ist und fürchtet, im STJ zu unterliegen, wenigstens die Urteilsverkündung vor Ostern vermeiden wollte, um die Kampagne der Fastenzeit ungestört zu Ende führen zu können.

Sollte das STJ in einigen Wochen die Liberalisierung der Stammzellenforschung entscheiden, kann man damit rechnen, dass anschließend ein weiteres Verfahren im Hinblick auf die Liberalisierung der Abtreibung beginnt, die momentan nur in Ausnahmefällen bei Vergewaltigung oder Gefahr für das Leben der Mutter erlaubt ist. Da es zahlreiche illegale Abtreibungen im Land gibt und viele Frauen aus ärmlicheren Verhältnissen bei solchen Eingriffen sterben, wächst der Druck zugunsten einer liberaleren Gesetzgebung, wofür auch nicht zuletzt Gesundheitsminister Temporão eintritt.

MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN MIT DEN NACHBARN ÜBER ENERGIEFRAGEN

„Energie“ ist ein immer wichtigeres Thema in den Außenbeziehungen Brasiliens, sowohl im Hinblick auf die Verkaufs-

touren von Staatspräsident Lula, der nicht müde wird, überall auf der Welt für brasilianische Biotreibstoffe zu werben, als auch bei der Suche nach Kooperations- und Investitionspartnern zur Erschließung neuer Energiequellen. Zugleich ist der wachsende Energiebedarf und die Konkurrenz um Energiequellen aber auch ein Motiv für neue Meinungsverschiedenheiten und Konflikte. Beides war zuletzt im Verhältnis zu den Nachbarn Argentinien und Bolivien zu beobachten.

Das brasilianische Energieministerium hat Ende Februar mitgeteilt, dass in Kooperation mit Argentinien drei und in Kooperation mit Bolivien zwei, insgesamt also fünf neue Wasserkraftwerke nach dem Vorbild der Anlage in Itaipú gebaut werden sollen. Für die Umsetzung dieser Projekte sollen internationale Investoren gesucht werden.

Während eines Besuches von Präsident Lula in Argentinien bat ihn seine dortige Kollegin Christina Kirchner um einen Verzicht auf Gaslieferungen aus Bolivien, damit Argentinien von dort mehr erhalten könne.

Zum gleichen Zeitpunkt kam es mit den gleichen Nachbarn aber auch zu Meinungsverschiedenheiten über das Energiethema. Während eines Besuches von Präsident Lula in Argentinien bat ihn seine dortige Kollegin Christina Kirchner um einen Verzicht auf Gaslieferungen aus Bolivien, damit Argentinien von dort mehr erhalten könne. Bolivien ist vertraglich verpflichtet, Brasilien täglich 30 Millionen Kubikmeter Gas zu liefern, kann dem jedoch nicht ganz nachkommen, weil aufgrund der erratischen Energiepolitik von Präsident Morales Neuinvestitionen ausgeblieben sind. Nicht zuletzt hatte die bolivianische Regierung durch ihre Nationalisierungsaktionen im vergangenen Jahr den wichtigsten Investor im Land – die brasilianische Petrobras – von Neuinvestitionen abgehalten. Mittlerweile scheint die Regierung Morales zu ahnen, dass ihre ideologische Vorgehensweise in eine wirtschaftliche Sackgasse führt und dass ihr großer Freund im Norden, Hugo Chávez aus Venezuela, die Ausfälle im Energiesektor keineswegs wettmachen kann. Zwar hat die Petrobras neue Investitionen in Bolivien zugesagt, doch vor 2009 kann dieses Land seine Liefermenge nicht erhöhen.

An Argentinien liefert Bolivien täglich 7,7 Millionen Kubikmeter Gas, doch am Río de la Plata ist der Bedarf wesentlich höher und die Regierung in Buenos Aires fürchtet größere Engpässe im kommenden Winter. Auch in diesem Land waren aus ideologischen und selbstherrlichen Gründen in den vergange-

nen Jahren Investitionen zum Ausbau der Energieförderung versäumt bzw. ausländische Investoren von einem Engagement abgeschreckt worden. Nun sucht das Land fast verzweifelt nach neuen Energielieferungen.

Die Lösung des Problems, die Präsidentin Kirchner ihrem Kollegen vorschlug, schien einfach: Brasilien verzichtet auf mindestens zwei bis drei Millionen Kubikmeter täglicher Gaslieferungen aus Bolivien zugunsten Argentinien. Dieser Vorschlag wurde Lula im Vorfeld seines Besuches in Buenos Aires öffentlich unterbreitet. Zudem wurde der bolivianische Präsident Morales zu einem Dreiertreffen hinzugeladen, das in dieser Form anscheinend nicht abgesprochen war. Allein, der brasilianische Präsident verweigerte aufgrund des steigenden eigenen Energiebedarfs ein solches Abkommen, das auf diplomatischem Wege wohl nicht vorbereitet worden war, sondern eher einem momentanen Geistesblitz aus dem argentinischen Präsidentsamt entsprach. Präsidentin Kirchner und Präsident Morales waren mit dem brasilianischen *não* gar nicht zufrieden und in der argentinischen Öffentlichkeit wurde Brasiliens Präsident Lula als der Spielverderber dargestellt.

Die Probleme Argentinien und Boliviens sind größtenteils auf eigene Versäumnisse der letzten Jahre zurückzuführen und nicht im Handstreich durch brasilianische Konzessionen zu lösen. Nicht zuletzt aber zeigen sich an diesem Vorgang die Grenzen populistischer Regierungsführung sehr deutlich: Denn wenn man solch komplexe Materien wie die Energiekooperation der Intuition politischer Führer anheim stellt, die diese Fragen quasi beim Kaffee im Anschluss an ein gemeinsames Abendessen regeln wollen, anstatt seriöse Verhandlungen zu führen, mit anderen Worten, wenn Intuitionen die politischen Institutionen ersetzen, dann kann man nur schlechte Resultate erhalten.

BRASIL POTÊNCIA – RÜSTUNGSPLÄNE DES VERTEIDIGUNGSMINISTERS

Nachdem Verteidigungsminister Jobim das Chaos im Flugverkehr so weit geregelt hat, dass es zuletzt keine größeren Ausfälle von Flügen mehr gab und sich die Passagiere mittlerweile auf „normale“ Verspätungen eingestellt haben, widmet er sich seit Ende letzten Jahres verteidigungspolitischen Themen im engeren Sinn. Zum einen setzt er sich für eine Erhö-

hung der Bezüge der Militärs ein, die seit vielen Jahren über eine schlechte Bezahlung klagen. Wiederholt haben die Ehefrauen von Offizieren öffentlich gegen den geringen Sold ihrer Ehemänner protestiert. Minister Jobim, der als erfahrener Politiker die Regierungsmechanismen gut kennt, ist dabei, Verbesserungen für seine Militärs zu erreichen. Dazu gehört auch, dass er die gut bezahlten Posten von Militärattachés an brasilianischen Botschaften so ausbauen will, um an möglichst allen Botschaften – selbst dort, wo es zur Zeit keinen einzigen gibt – künftig je einen Vertreter der drei Waffengattungen zu stationieren. Welche Aufgaben diese Militärs erfüllen sollen, bleibt vorerst Geheimnis des Ministers.

Mit einem anderen Projekt hat Jobim größere Aufmerksamkeit erreicht: Er will die – in der Tat weitgehend veraltete oder zum Teil verrottete – Ausrüstung der drei Waffengattungen erneuern, u.a. durch den Kauf moderner Kampfflugzeuge und sogar den Erwerb eines atomgetriebenen U-Bootes. Doch Jobim will nicht nur neue Geräte im Ausland kaufen, sondern gleichzeitig auch Technologietransfer nach Brasilien erreichen, d.h. er will Baupläne und diese Geräte im eigenen Land selbst herstellen.

Im Januar reiste der Minister in Begleitung seines für strategische Planung zuständigen Kabinettskollegen Mangabeira nach Frankreich und Russland, um Flugzeuge und Atom-U-Boote zu inspizieren und erste Verkaufsverhandlungen zu führen, mit einem Akzent auf dem beabsichtigten Technologietransfer. Die Reise verlief jedoch nur suboptimal. Während die Franzosen die Brasilianer höflich empfingen und Kooperationsbereitschaft einschließlich Technologietransfers in Aussicht stellten, was von Präsident Sarkozy während eines Treffens mit Präsident Lula im Februar in Französisch Guyana wiederholt wurde, machten die Russen klar, dass sie zu keinem militärischen Abkommen mit Technologietransfer nach Brasilien bereit seien, sei es bei dem nuklearen U-Boot, den Kampfflugzeugen oder dem gemeinsamen Bau von Panzerwagen. Minister Jobim kehrte mit leeren Händen heim. Er muss seine Akquisitionspläne etwas zurückstellen und damit wohl auch seine Ambitionen, sich in zwei Jahren um das Präsidentenamt zu bewerben.

KONTROVERSE MIT DER EU-KOMMISSION ÜBER RINDFLEISCHEXPORTE

Brasiliens Verhältnis zur Europäischen Union wurde zwar im vergangenen Jahr mit dem Status eines „strategischen Partners“ geadelt und die EU ist weiterhin der wichtigste Handelspartner des Landes. Doch das enge Verhältnis schließt gelegentliche Kontroversen nicht aus.

Anfang Februar 2008 hat die EU-Kommission ein vorübergehendes Embargo auf den Import von brasilianischem Fleisch verhängt, weil die brasilianische Regierung bestimmten Meldeverpflichtungen über die Tierhaltung nicht nachgekommen war. Die EU hatte ihre Auflagen und mögliche Sanktionen bereits vor mehr als zwei Jahren angekündigt, doch die brasilianische Seite hatte darauf nur sehr nachlässig reagiert. Nach der Verkündung des Embargos erhob sich lauter Protest gegen den vermeintlichen Protektionismus der EU, ehe Landwirtschaftsminister Stephanes etwas kleinlaut die eigenen Versäumnisse einräumte.

Nach drei Wochen publizistischer Aufregung hat eine EU-Mission 106 Rinderfarmen inspiziert und danach den Export in die EU wieder frei gegeben. Zuvor hatte bereits der russische Veterinärservice allen brasilianischen Fleischexporten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt. Die EU verlangt ein ausgeklügeltes Kontrollverfahren zur Beobachtung der Tiere, deren Fleisch in die EU exportiert wird. Dieser Auflage müssten ungefähr 1000 Farmen nachkommen, will die EU künftig so viel Rindfleisch aus Brasilien importieren wie vor dem Boykott. Ob alle Farmen dazu in der Lage sind, ist jedoch zweifelhaft.

É A VEZ DO BRASIL – JETZT IST BRASILIEN AN DER REIHE

Die Lage Brasiliens zu Beginn des Jahres 2008 stellt sich insgesamt recht positiv dar. Für das laufende Jahr wird erneut ein Wirtschaftswachstum um fünf Prozent erwartet. Die Steuereinnahmen erreichen neue Rekordmarken, was der Regierung zusätzliche Spielräume für Investitionen und Verteilungsmaßnahmen eröffnet. *É a vez do Brasil* – jetzt ist Brasilien an der Reihe. Manchmal hört man diese Aussage, und sie wird mit zunehmend festerer Stimme formuliert.